LZ-Rheinland

Artikel vom 16.11.2022 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 19:51 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/ablehnung-bekraeftigt

Ablehnung bekräftigt



Foto: imago/Martin Wagner

Das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes (DBV) hat seine Ablehnung gegenüber den Plänen der Europäischen Kommission zur Verringerung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes bekräftigt. „In Anbetracht der Folgen des russischen Angriffskriegs für Lieferketten und Warenströme sind die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht nur überambitioniert und unverantwortlich, sondern gefährden auch die globale Versorgungssicherheit“, heißt es in einer Erklärung, die vergangene Woche veröffentlicht wurde. „Die Ziele, den Pflanzenschutzmitteleinsatz zu reduzieren sind richtig, aber der vorgeschlagene Weg und die Maßnahmen sind falsch“, so das Fazit von DBV-Präsident Joachim Rukwied. Den Ansatz, den Pflanzenschutzmitteleinsatz über Flächenkulissen zu regulieren und in allen Schutzgebieten zu verbieten, lehne der Bauernverband grundsätzlich ab. Gebraucht werde eine „komplett andere Herangehensweise“, ansonsten drohe zahlreichen Betrieben das Aus.

Wolle man die Landwirtschaft wirklich erhalten, sei dies grundsätzlich nur über den kooperativen Ansatz und finanzielle Anreize zu erreichen. Ausdrücklich bekennt sich der Bauernverband zu einer weiteren Verringerung des Einsatzes und des Risikos von Pflanzenschutzmitteln. Ebenfalls unterstützt wird das Ziel, die Biodiversität in der Agrarlandschaft zu erhalten und zu fördern. Fachlich nicht nachzuvollziehen ist laut DBV das Konzept, die schon bestehenden Schutzgebietskulissen als Grundlage für

Anwendungsverbote heranzuziehen. Ein pauschales Verbot stehe in keinem Zusammenhang mit dem jeweiligen Schutzziel und könne sich sogar kontraproduktiv auswirken, etwa wenn Bodenbrüter durch mechanische Unkrautbekämpfung gefährdet würden. Die zu erwartenden Ertrags- und Qualitätseinbußen stellten außerdem die Existenz vieler in Schutzgebieten wirtschaftender Betriebe infrage, ohne dass für den Umwelt- und Naturschutz ein nennenswerter Gewinn zu erkennen sei.

Der Bauernverband fordert eine umfassende Überarbeitung der Kommissionsvorschläge. Neben einer Abkehr von pauschalen Reduktionszielen und Anwendungsverboten pocht der DBV auf die Zusagen zum Bestandsschutz der landwirtschaftlichen Nutzung in Schutzgebieten. Ausgerichtet sehen will er die Vorschläge auf einen kooperativen und produktionsintegrierten Naturschutz; dazu gehört für den DBV auch eine „bessere“ Abwägung der damit verbundenen Zielkonflikte. Ferner fordert der Bauernverband eine Folgenabschätzung, die auch mögliche Verlagerungseffekte und die Versorgungssicherheit berücksichtigt.

AgE